

## Entwicklungspolitik

# „Man kann nicht auf Frauen verzichten“

## Svenja Schulze setzt sich für eine weibliche Perspektive in der Entwicklungspolitik ein

LUCAS BRÜGGEMANN

Frau Schulze, was verbinden Sie mit Bremen?

**Svenja Schulze:** Das ist vor allem meine Kollegin Sarah Ryglewski. Sie ist als Staatsministerin dafür zuständig, die Nachhaltigkeitspolitik der Bundesregierung zu koordinieren. Nachhaltigkeit spielt auch in der Entwicklungszusammenarbeit eine große Rolle. Deshalb arbeite ich sehr eng mit ihr zusammen. Außerdem ist es in Bremen einfach schön. Ich mache sehr gerne Urlaub dort. Von Münster, meiner Heimat, ist es nicht allzu weit weg. Ich finde, Bremen ist eine tolle Stadt, in der Wert darauf gelegt wird, dass niemand zurückgelassen wird und das soziale Klima stimmt. Eine Stadt mit viel Lebensqualität.

***Welche Rolle hat Sarah Ryglewski genau in ihrer Rolle als Staatsministerin für Nachhaltigkeit?***

Sie bildet die Klammer, die die unterschiedlichen Ressorts beim Thema Nachhaltigkeit verbindet. Anders als bei der Vorgängerregierung klappt das jetzt richtig gut: Beispielsweise arbeite ich eng mit Cem Özdemir beim Thema Ernährungssicherheit und Landwirtschaft zusammen, mit Annalena Baerbock auf den Klimakonferenzen und mit Robert Habeck, wenn es zum Beispiel um Wasserstoff geht.



Svenja Schulze will demokratische Strukturen in Entwicklungsländern stärken.

***Sie sind am Sonnabend zusammen in Huckelriede. Es soll um feministische Entwicklungspolitik gehen. Warum ist die weibliche Perspektive bei dem Thema wichtig?***

Bei der Bekämpfung der aktuellen Krisen wie Klimawandel oder Hunger kann man nicht auf die Hälfte der Bevölkerung – nämlich die Frauen – verzichten. Wir wissen aus vielen Studien, dass man auf Frauen nicht verzichten kann, wenn man Hunger und Armut erfolgreich bekämpfen oder für mehr wirtschaftliche Stabilität sorgen will. Wir brauchen das Wissen der gesamten Gesellschaft, und da gehört die weibliche Hälfte dazu. Deswegen habe ich für die deutsche Entwicklungspolitik drei große „Rs“ vorgegeben.

***Was verbirgt sich dahinter?***

Zum einen Rechte. Das beinhaltet unter anderem das Recht, selbst zu entscheiden, wann und mit wem eine Frau Kinder haben möchte, aber auch das Recht auf Bildung. Das zweite „R“ sind Ressourcen. In vielen Ländern sind Frauen diejenigen, die Landwirtschaft betreiben und für die Ernährung sorgen. Das kenne ich aus dem Münsterland im Übrigen auch – die „starken Männer“ auf den Höfen waren meistens die Frauen, die den Laden am Laufen gehalten haben. In vielen Regionen der Welt dürfen Frauen aber gar kein Land besitzen, das muss sich ändern. Das dritte „R“ ist die Repräsentanz. Man kann keine Politik über Frauen machen ohne die Frauen. Sie müssen bei allen Entscheidungen mit am Tisch sitzen.

***Diese Begriffe sind für den ein oder anderen ein wenig abstrakt. Wie wird feministische Entwicklungspolitik ganz konkret umgesetzt?***

Konkret ändern wir die Art und Weise, wie wir Projekte machen. Zum Beispiel bei einem Wasserprojekt in Sambia: Da werden jetzt die Frauen aktiv beteiligt. Das ist wichtig, weil es die Frauen sind, die das Wasser bisher oft über weite Strecken transportieren müssen. Sie haben darum oft bessere Antworten, was wiederum zu erfolgreicherer Projekten führt.

***Im Bundestag sagten Sie jüngst, 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Diktaturen. Ist unter diesen Umständen eine erfolgreiche Entwicklungshilfe überhaupt möglich?***

Wir würden am liebsten nur mit Demokratien zusammenarbeiten. Aber wir können und wollen auch die Menschen in den Autokratien nicht im Stich lassen. Dabei versuchen wir, mit unserer Entwicklungszusammenarbeit für demokratische Strukturen zu werben – dafür, dass etwa auch unabhängige Nichtregierungsorganisationen in den Ländern eine Stimme bekommen.

***Das ist aber auch nicht ungefährlich für die Beteiligten vor Ort.***

Es gibt Länder, in denen wir gar nicht mit den Regierungen zusammenarbeiten. Ein aktuelles Beispiel ist Afghanistan. Mit den Taliban ist es momentan sehr schwierig. Wir sind aber trotzdem vor Ort und helfen, die medizinische Versorgung zu sichern oder Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen.

***Zusammen mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil waren Sie Anfang des Jahres in Ostafrika. In Ghana wollen Sie das ghanaisch-deutsche Migrationszentrum neu ausrichten. Wo soll zukünftig der Fokus liegen?***

Länder wie Ghana haben viele junge Menschen, die Jobs suchen – wir als alternde Gesellschaft brauchen dagegen dringend Arbeitskräfte, um unseren Wohlstand zu erhalten. Das Zentrum für Migration und Entwicklung in der Hauptstadt Accra berät Menschen, die zu uns kommen wollen. Es informiert über Möglichkeiten für Fachkräfte, nach Deutschland zu kommen – und klärt dabei auch manche falschen Gerüchte auf, die über Zuwanderung nach Deutschland bestehen. Zugleich vermittelt es Jobs in Ghana und berät Rückkehrer. Das Ziel ist, dass alle etwas davon haben. Es wird keine für Ghana schädliche Abwanderung geben. Das ist mir als Entwicklungsministerin sehr wichtig.

***Fachkräfte im Ausland zu gewinnen, hat in der Vergangenheit nicht so gut geklappt – man denke an potenzielle Pflegerinnen und Pfleger aus Indien, Indonesien oder Jordanien. Warum glauben Sie, könnte das in Ghana besser funktionieren?***

Natürlich wird ein einzelnes Zentrum nicht unser Fachkräfteproblem lösen, aber es kann ein Beitrag von vielen sein. Die Ampel steht ja insgesamt für einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik. Wir möchten weniger irreguläre und mehr geordnete, legale Migration von Fachkräften.

***Sie sind Mitglied der selbst ernannten „Fortschritts-Koalition“ – in der es in letzter Zeit mächtig knirschte. Warum sollen die Wähler einer zerstrittenen Regierung noch vertrauen?***

Weil wir gerade im letzten Jahr gezeigt haben, dass wir Probleme angehen und Lösungen präsentieren. Ich war in der letzten Legislaturperiode Umweltministerin, da hätte ich mir oft mehr Teamplay und mehr Tempo für den Klimaschutz gewünscht. In der Großen Koalition wurde viel versäumt, darum müssen wir jetzt als Ampel sehr schnell Lösungen finden. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine haben wir gezeigt, dass wir sehr schnell und sachorientiert handeln können und die Menschen nicht alleine lassen.

***Das Gespräch führte Lucas Brüggemann.***

## ZUR PERSON

### Svenja Schulze (54)

ist seit 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor war die SPD-Politikerin Bundesumweltministerin und Landesministerin für Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen.

---